

II- 406 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
Zl. 89.983-4b(POL)70

Wien, am 27. Juli 1970

Parlamentarische Anfrage Nr. 131/J
an die Bundesregierung betreffend
Vorschläge der Beratenden Ver-
sammlung des Europarates betreffend
die europäische Zusammenarbeit
zwischen Gemeinde- und Gebiets-
körperschaften

122 / A.B.
zu 131 / J.
Präs. am 30. Juli 1970

Anfragebeantwortung

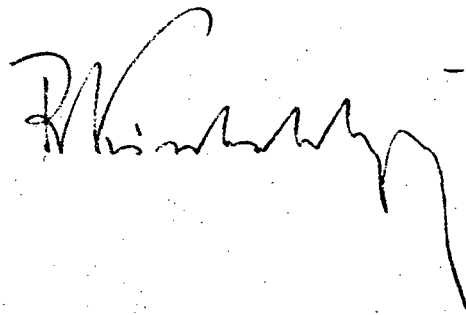
Namens der Bundesregierung beehre ich mich,
die Anfrage der Abgeordneten Dr. KRANZLMAYR, Dr. BASSETTI,
Dr. LEITNER und Genossen an die Bundesregierung, welche
Stellungnahme sie zu den von der Beratenden Versammlung
des Europarates gemachten Vorschlägen betreffend die
europäische Zusammenarbeit zwischen Gemeinde- und Ge-
bietskörperschaften im allgemeinen, und im besonderen
hinsichtlich eines Abkommens über die europäische Zu-
sammenarbeit zwischen Gemeindebehörden, sowie hinsicht-
lich der Schaffung eines ständigen Ausschusses für die
Zusammenarbeit in Gemeinde- und Gebietsangelegenheiten
bezieht, wie folgt zu beantworten:

In Anbetracht des engen sachlichen Zusammen-
hanges der vorliegenden Anfrage mit Anfrage Nr. 56/J
darf bezüglich der Punkte "Stellungnahme der Bundesre-
gierung zu den von der Beratenden Versammlung des Europa-
rates gemachten Vorschlägen betreffend die europäische
Zusammenarbeit zwischen Gemeinde- und Gebietskörper-
schaften im allgemeinen und im besonderen hinsichtlich
eines Abkommens über die europäische Zusammenarbeit
zwischen Gemeindebehörden" auf die Beantwortung der
Anfrage Nr. 56/J verwiesen werden, in der dargelegt
wurde, dass die Bundesregierung Initiativen, die auf
eine europäische Zusammenarbeit in Gemeinde- und Regional-

- 2 -

angelegenheiten abzielen, begrüsst. Sie steht daher auch dem Konventionsentwurf über die europäische Zusammenarbeit zwischen Gemeinden trotz der dadurch aufgeworfenen verfassungsrechtlichen Problematik grundsätzlich positiv gegenüber.

Bezüglich der Frage der Schaffung eines ständigen Ausschusses für die Zusammenarbeit in Gemeinde- und Gebietsangelegenheiten beehre ich mich mitzuteilen, dass auf der vom 24. - 28. November 1969 abgehaltenen Tagung der Ministerdelegierten die Umwandlung des "ad-hoc-Komitees für Zusammenarbeit in Gemeinde- und Regionalangelegenheiten" in ein ständiges Komitee mit 11 Prostimmen, darunter auch der österreichischen, 1 Gegenstimme und 4 Stimmenthaltungen beschlossen wurde.

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'R. Kinn...'. The signature is written in a cursive style with a long, sweeping tail that extends downwards and to the right.